

Interview mit Ursula von der Leyen

„Der Porsche allein reicht nicht“

Anmerkungen zum Interview vom 16.01.2012

Wenn Frau von der Leyen im Interview sagt, sie Arbeitet auch über 67 noch leidenschaftlich gerne, dann sollte man dies doch etwas relativieren. Die Ministerin arbeitet nicht leidenschaftlich gern, sie delegiert leidenschaftlich gern. Diese Bemerkung bewusst in einem Zusammenhang mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit zu bringen, ist bei einem Vergleich mit z.B. Fließbandarbeitern, Dachdeckern, Krankenschwestern, Lehrern und vielen anderen fordernden Berufen nicht angebracht. Hier die These zu verbreiten, Beschäftigung hält jung und beweglich, ist gelinde gesagt geschmacklos.

Fakt ist, das derzeit 41% der über 60 jährigen keine Arbeit haben. Dies damit ab zu tun, dass hier falsche Anreize, seitens der Arbeitgeber gesetzt wurden, ist nicht ehrlich. Es müsste auch dieser Ministerin langsam klar werden, dass wir nur ein beschränktes Maß an Arbeitsplätzen in Deutschland zur Verfügung haben. Wenn wir die älteren länger beschäftigen wollen, müssen wir auch den Mut aufbringen zu sagen, dass dann die jüngeren aus und vor bleiben. Oder aber erst mit 30 ins Berufsleben einsteigen können. Wie gesagt, es gibt halt nicht unendlich viele Arbeitsplätze in Deutschland.

Ein weiterer Punkt der den Bürgerinnen und Bürger permanent vorgebetet wird, ist die sogenannte demografische Entwicklung, es gibt keine Rentenzahler mehr! Diese Argumentation ist schlicht und einfach falsch. Es stimmt zwar das die Geburtenrate zurück geht, aber solange die Produktivität wächst ist diese Entwicklung nicht marginal. Die Ministerin hat Recht wenn Sie darauf hinweist, dass die psychischen Erkrankungen durch den Wandel in der Arbeitswelt zugenommen haben. Aber ist das nicht der Preis, für die Produktivität, für die Steigerung des Bruttosozialprodukts. Es ist halt nicht glaubwürdig, wenn die Ministerin den Verschleiß der Arbeitskräfte anprangert, dann aber selbst den Rahmen schafft das arbeitnehmerfeindliche Politik zur Regel wird. Hier sei nur an die Mindestlöhne und Zeitarbeit erinnert.

Als Feigenblatt wird dann auch noch, auf die aus dem Boden gestampfte Zuschussrente hingewiesen. Eine Rentenerhöhung die erst dann zu tragen kommt, wenn der gesetzlich Versicherte nicht nur fast sein ganzes Leben in die Rentenkasse eingezahlt hat, sondern zudem auch noch privat vorgesorgt hat. Maschmeyer und Co lassen grüßen. Man kann den jetzigen Beitragszahlern nur empfehlen, dies nicht zu tun! Denn die privaten Riester und Co Versicherungen haben nicht nur sehr hohe Verwaltungskosten am Anfang des Abschlusses (Prämien für den Vertreter) sondern sie wird später voll auf die Grundsicherung angerechnet. Dies auch noch als Zuschussrente zu verkaufen ist schon bemerkenswert. Absolut unerträglich ist die permanente Lüge, dass schon jetzt ist die Rente ein Mix aus Beiträgen und Steuern ist. Warum Frau Ministerin sagen Sie nicht ganz offen, dass die Steuergelder als Ausgleich für die Entnahme von versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkasse, einbezahlt werden. Warum sagen sie nicht, dass die Einzahlungen von Steuergeldern immer geringer sind, als die entnommenen Gelder für versicherungsfremden Leistungen. (Seit 1956 700 Milliarden) Warum sagen Sie nicht, dass die Rentenkasse gerade aus diesem Grund nicht bilanziert wird. Hier zu behaupten die Rente ist ein Mix aus Beiträgen und Steuern ist unredlich und falsch!

Unverständlich ist auch, warum selbständige nicht in die Rentenkasse einzahlen sollen. Die Argumentation der Ministerin, dies ist nicht notwendig, weil es auch andere Formen der Altersversorgung gibt, ist eine Diskriminierung alle Bürgerinnen und Bürger die in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen müssen.

Es ist schon befremdlich, dass selbst so ein renommiertes Blatt wie die Wirtschaftswoche auf diesen Zug der verbeamteten Ministerin aufspringt und nicht die wirklichen Probleme und Ungerechtigkeiten in der Rentenproblematik hinterfragt.

Peter Rippler
Rentnerinnen und Rentnerpartei
Bezirk Oberbayern